

Stenographischer Bericht

über die

11. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 6. Oktober 1919.

Inhalt:

Zuweisung der Zuschriften:

1. des Landes- als Strafgerichtes Graz, betreffend die strafgerichtliche Verfolgung des Abg. Franz Fasching,
 2. des Bezirksgerichtes Leibnitz, betreffend die strafgerichtliche Verfolgung des Abg. August Graupp, an den Gemeinde- und Verfassungsausschuß.
- Antrag der Abg. Friepertinger und Genossen, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Beitragsleistung zur Straßenerhaltung.
- Antrag der Abg. Graupp und Genossen, betreffend die Aufnahme der Salmregulierungsarbeiten bei Altmärkt und Leibnitz.
- Antrag der Abg. Rainer und Genossen, betreffend Öffentlichkeitserklärung der Straße von St. Oswald nach Eibiswald.
- Antrag der Abg. Lang und Genossen, betreffend Einbringung von vorschußweise bezahlten Heil- und Entbindungskosten durch steirische Bezirke und Gemeinden von nach Jugoslawien, der Tschechoslowakei, Ungarn, Polen zuständigen Armen.
- Antrag der Abg. Lang und Genossen, betreffend die Salmregulierung in der Flußstrecke der Gemeinden Kerschbaum—St. Peter i. S.
- Antrag der Abg. Rainer und Genossen, betreffend die Most- und Weinsteuer.
- Antrag der Abg. Huber und Genossen, betreffend die Errichtung einer Mädchenbürgerschule in Hartberg.
- Antrag der Abg. Ruschak und Genossen, betreffend Herausgabe eines Erlasses zur Milderung der Wohnungsnot.
- Antrag der Abg. Ruschak und Genossen, betreffend die Errichtung einer Bürgerschule in Kindberg.
- Antrag der Abg. Ruschak und Genossen, betreffend Umbau und Ausgestaltung der bestehenden Waldbahn Steinhaus—Reffenegg.
- Antrag der Abg. Ruschak und Genossen, betreffend den Ausbau der Lokalbahn Mürzzuschlag—Neuberg nach Mürzsteg—Niederapl—Wegscheid—Gufwerk.

Antrag der Abg. Ruschak und Genossen, betreffend den Bahnbau Kindberg—Stanz.

Antrag der Abg. Ruschak und Genossen, betreffend den Bahnbau Mitterdorf—Veitsch—Rad—Gufwerk.

Antrag der Abg. Riegler und Genossen, betreffend Überweisung der ausständigen Straßenerhaltungsbeträge an die Bezirke.

Antrag der Abg. Riegler und Genossen, betreffend Verbauung des Wölzbaches.

Antrag der Abg. Riegler und Genossen, betreffend Wiedererrichtung aufgelassener Steuerämter in Obersteier.

Antrag der Abg. Tausch und Genossen, betreffend Errichtung von Parallelklassen an der Volksschule in Leibnitz.

Antrag der Abg. Gaf und Genossen, betreffend Vermehrung des Wagenparkes der steirischen Landesbahn Kapfenberg—Au-Seewiesen.

Antrag der Abg. Gaf und Genossen, betreffend Hebung der Baulust und Wohnungsfürsorge.

Antrag der Abg. Gaf und Genossen, betreffend Förderung der Schafzucht.

Antrag der Abg. Gaf und Genossen, betreffend Einsregulierung Versdorf—Ullwehndurchsch.

Antrag der Abg. Gaf und Genossen, betreffend Verheerungen in den steirischen Landesforsten im Bezirke St. Gallen.

Auflage (Beilagen Nr. 158—182).

Zuweisungen, und zwar:

1. des Berichtes des steiermärkischen Landesrates in Angelegenheit der Erhöhung der Pflastermaut für Fuhrwerke, Reispferde und Vieh zugunsten der Stadtgemeinde Graz (Beilage Nr. 137), an den Gemeinde- und Verfassungsausschuß;
2. des Berichtes des steiermärkischen Landesrates in Angelegenheit der Einführung einer Pflastermaut für Automobile zugunsten der Stadtgemeinde Graz (Beilage Nr. 138), an den Gemeinde- und Verfassungsausschuß;

3. des Berichtes des steiermärkischen Landesrates mit Vorlage eines Gesetzes über die Wegfreiheit im Berglande (Beilage Nr. 139),

an den vereinigten Gemeinde- und Landeskulturausschuß;

4. des Berichtes des steiermärkischen Landesrates, betreffend die Veräußerung eines Grundstreifens von der dem Lande Steiermark eigentümlichen Realität, Grundbuchseinlagezahl 313, Katastralgemeinde Knittelfeld (Beilage Nr. 140),

an den Finanzausschuß;

5. des Berichtes des steiermärkischen Landesrates, betreffend die Erhöhung des Zuschlages zur städtischen Fahrkartensteuer in Graz (Beilage Nr. 142),

an den Gemeindeausschuß;

6. des Berichtes des steiermärkischen Landesrates, betreffend die Aufnahme eines Pfandbriefdarlehens von 120.000 K. durch die Landeshauptstadt Graz (Beilage Nr. 143),

an den Gemeindeausschuß;

5. des Berichtes des steiermärkischen Landesrates, betreffend die Aufnahme einer schwebenden Schuld von 6 Millionen Kronen durch die Landeshauptstadt Graz (Beilage Nr. 144),

an den Gemeindeausschuß;

6. des Berichtes des steiermärkischen Landesrates, betreffend die Einhebung von Zuschlägen zu den direkten Steuern für das Jahr 1919 in der Stadtgemeinde Graz (Beilage Nr. 145),

an den Gemeindeausschuß;

7. des Berichtes des steiermärkischen Landesrates, betreffend die Subventionierung des steirischen Siedlungswerkes (Beilage Nr. 146),

an den volkswirtschaftlichen Ausschuß;

8. des Berichtes des steiermärkischen Landesrates, betreffend die Erhöhung der den Kindergärtnerinnen an Hilfsschulen für geistig abnormale Kinder gewährten Remunerationen (Beilage Nr. 147),

an den kombinierten Finanz- und Unterrichtsausschuß;

9. des Berichtes des steiermärkischen Landesrates, betreffend die Behandlung der deutschen aktiven Lehrerschaft der Stadt Marburg a. d. Drau (Beilage Nr. 148),

an den Unterrichtsausschuß;

10. des Berichtes des steiermärkischen Landesrates in Angelegenheit der Errichtung einer landwirtschaftlichen Schule durch die Abtei Seckau (Beilage Nr. 149),

an den kombinierten Finanz- und Landeskulturausschuß;

11. des Berichtes des steiermärkischen Landesrates, betreffend die vorschußweise Auszahlung eines Anschaffungsbeitrages für die Landesangestellten (Beilage Nr. 150),

an den Finanzausschuß;

12. des Antrages der Abg. Dr. Klusmann, Schreckenthal, Wastian, Rainer, Holzer, Rieckh, Fasching, Thoma, Hartleb, betreffend die sofortige Wiedereinführung des freien Verkehrs mit Schlachtrindern an Stelle des Monopols (Beilage Nr. 151),

an den volkswirtschaftlichen Ausschuß;

13. des Antrages der Abg. Holzer, Wastian, Rieckh, Rainer und Genossen, betreffend den Ausbau respektive Erhebung des Gemeindegeweges St. Johann im Saggaufal bis Untert Haag zur Bezirksstraße (Beilage Nr. 152),

an den kombinierten Finanz- und Landeskulturausschuß;

14. des Antrages der Abg. Franz Fasching und Genossen, betreffend die Übernahme des Gemeinde-Krankenhauses in Weiz in die Landesverwaltung und betreffend Ausgestaltung desselben für die Zwecke eines öffentlichen Krankenhauses (Beilage Nr. 153),

an den kombinierten Finanz- und Gemeindeausschuß;

15. des Antrages der Abg. Jach, Schifko, Paul und Genossen, betreffend den Ausbau des 4 Kilometer langen Fahrweges, welcher von der Bezirksstraße Premstätten—Forst über die Ortschaften Bierbaum, Laa, Jetzling und im Gradenfeld in die Bezirksstraße Abtissendorf—Wundschuh mündet, zur Bezirksstraße (Beilage Nr. 154),

an den kombinierten Finanz- und Landeskulturausschuß;

16. des Berichtes des steiermärkischen Landesrates in Angelegenheit des Landesmuseums „Joanneum“ und der Landesbibliothek (Beilage Nr. 155),

an den Finanzausschuß.

Rückziehung der Anträge, und zwar:

1. des Abg. Fasching und Genossen, betreffend die Beschaffung von Einriebzucker (Beilage Nr. 58),

2. des Abg. Fasching und Genossen, betreffend die Beschaffung von Saatgutweizen (Beilage Nr. 62).

Mündlichen Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über den Antrag der Abg. Fasching und Genossen, Beilage Nr. 59, betreffend die Anführung des Zweckes bei Vorladungen seitens der Behörden. — (Annahme des Antrages des Gemeinde- und Verfassungsausschusses.)

Mündlichen Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Petition Nr. 21 der Gemeindefunktionäre um Regelung der Dienstverhältnisse und Gehaltsbezüge der Gemeindebeamten. — (Annahme des Antrages des Gemeinde- und Verfassungsausschusses.)

Beantwortung von Anfragen, und zwar:

1. der Abg. Jach und Genossen, betreffend die Beitragspflicht der Besitzer von Lastautomobilen und schweren Fuhrwerken zur Wiederherstellung der Gemeindestraßen;
2. der Abg. Riemer, Gölles Graupp und Genossen, betreffend Besteuerung von Benzin für Getreidedrusch;
3. der Abg. Gutmann und Genossen, betreffend die Trennung der Ortschaftsgemeinde St. Veit am Vogau; durch den Landeshauptmannstellvertreter Josef Pongraß.

Anfrage der Abg. Kaufmann, Prisching, Rudel-Jeynek und Genossen, betreffend die Überfüllung der Volksschulklassen auf dem Lande.

Beginn der Sitzung: 4 Uhr 25 Minuten nachmittags.

Vorsitzender: Landeshauptmann-Stellvertreter Josef Pongraß.

Schriftführer: Die Abg. Karl Gölles, August Lindner und Franz Thoma.

Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraß: Ich erkläre die 11. Sitzung des hohen Landtages für eröffnet.

Ich habe mitzutheilen, daß das Landes- als Strafgericht Graz um Zustimmung des hohen Landtages zur strafgerichtlichen Verfolgung des Herrn Abg. Franz Fasching, und das Bezirksgericht Leibnitz um Zustimmung zur gerichtlichen Verfolgung des Herrn Abgeordneten August Graupp ersucht.

Diese beiden Zuschriften weise ich dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß zu.

In der letzten Sitzung sind mir folgende Anträge überreicht worden, deren Drucklegung veranlaßt wurde:

Antrag der Abg. Friepertinger und Genossen, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Beitragsleistung zur Straßenerhaltung.

Antrag der Abg. Graupp und Genossen, betreffend die Aufnahme der Sulmregulierungsarbeiten bei Altenmarkt und Leibnitz.

Antrag der Abg. Rainer und Genossen, betreffend Öffentlichkeitsklärung der Straße von Sankt Oswald nach Eibiswald.

Antrag der Abg. Lang und Genossen, betreffend Einbringung von vorschußweise bezahlten Heil- und Entbindungskosten durch steirische Bezirke und Gemeinden von nach Jugoslawien, der Tschechoslowakei, Ungarn, Polen zuständigen Armen.

Antrag der Abg. Lang und Genossen, betreffend die Sulmregulierung in der Flußstrecke der Gemeinden Kerschbaum, St. Peter i. S.

Antrag der Abg. Rainer und Genossen, betreffend die Most- und Weinsteuer.

Antrag der Abg. Huber und Genossen, betreffend die Errichtung einer Mädchenbürgerschule in Hartberg.

Antrag der Abg. Ruschak und Genossen, betreffend Herausgabe eines Erlasses zur Milderung der Wohnungsnot.

Antrag der Abg. Ruschak und Genossen, betreffend die Errichtung einer Bürgerschule in Kindberg.

Antrag der Abg. Ruschak und Genossen, betreffend Umbau und Ausgestaltung der bestehenden Waldbahn Steinhaus—Retteneegg.

Antrag der Abg. Ruschak und Genossen, betreffend den Ausbau der Lokalbahn Mürzzuschlag—Neuberg nach Mürzsteg—Niederalpl—Wegscheid—Gufwerk.

Antrag der Abg. Ruschak und Genossen, betreffend den Bahnbau Kindberg—Stanz.

Antrag der Abg. Ruschak und Genossen, betreffend den Bahnbau Mitterdorf—Weitsch—Rad—Gufwerk.

Antrag der Abg. Riegler und Genossen, betreffend Überweisung der ausständigen Straßenerhaltungsbeiträge an die Bezirke.

Antrag der Abg. Riegler und Genossen, betreffend Verbauung des Wölzbaches.

Antrag der Abg. Riegler und Genossen, betreffend Wiedererrichtung aufgelassener Steuerämter in Obersteier.

Antrag der Abg. Tausk und Genossen, betreffend Errichtung von Parallelklassen an der Volksschule in Leibnitz.

Antrag der Abg. Gafz und Genossen, betreffend Vermehrung des Wagenparkes der steirischen Landesbahn Kapfenberg—Au-Seewiesen.

Antrag der Abg. Gafz und Genossen, betreffend Hebung der Baulust und Wohnungsfürsorge.

Antrag der Abg. Gafz und Genossen, betreffend Förderung der Schafzucht.

Antrag der Abg. Gafz und Genossen, betreffend Ennsregulierung Gersdorf—Ullwehrdurchstich.

Antrag der Abg. Gafz und Genossen, betreffend Verheerungen in den steirischen Landesforsten im Bezirke St. Gallen.

Aufgelegt sind heute die Beilagen Nr. 158 bis 182.

Auf Grund des § 29 der Geschäftsordnung weise ich die in der letzten Sitzung aufgelegten Beilagen Nr. 137 bis 140, 142 bis 155 zu, wie folgt:

Bericht des steiermärkischen Landesrates in Angelegenheit der Erhöhung der Pflastermaut für Fuhrwerke, Reitpferde und Treibvieh zugunsten der Stadtgemeinde Graz (Beilage Nr. 137),

an den Gemeinde- und Verfassungsausschuß;

Bericht des steiermärkischen Landesrates in Angelegenheit der Einführung einer Pflastermaut für Automobile zugunsten der Stadtgemeinde Graz (Beilage Nr. 138),

an den Gemeinde- und Verfassungsausschuß;

Bericht des steiermärkischen Landesrates mit Vorlage eines Gesetzes über die Wegfreiheit im Berglande (Beilage Nr. 139),

an den vereinigten Gemeinde- und Landeskulturausschuß;

Bericht des steiermärkischen Landesrates, betreffend die Veräußerung eines Grundstreifens von der dem Lande Steiermark eigentümlichen Realität, Grundbuchseinlagezahl 313, Katastralgemeinde Knittelfeld (Beilage Nr. 140),

an den Finanzausschuß;

Bericht des steiermärkischen Landesrates, betreffend die Erhöhung des Zuschlages zur städtischen Fahrkartensteuer in Graz (Beilage Nr. 142),

an den Gemeindeausschuß;

Bericht des steiermärkischen Landesrates, betreffend die Aufnahme eines Pfandbrieftdarlehens von 120.000 Kronen durch die Landeshauptstadt Graz (Beilage Nr. 143),

an den Gemeindeausschuß;

Bericht des steiermärkischen Landesrates, betreffend die Aufnahme einer schwebenden Schuld von 6 Millionen Kronen durch die Landeshauptstadt Graz (Beilage Nr. 144),

an den Gemeindeausschuß;

Bericht des steiermärkischen Landesrates, betreffend die Einhebung von Zuschlägen zu den direkten Steuern für das Jahr 1919 in der Stadtgemeinde Graz (Beilage Nr. 145),

an den Gemeindeausschuß;

Bericht des steiermärkischen Landesrates, betreffend die Subventionierung des steirischen Siedlungswerkes (Beilage Nr. 146),

an den volkswirtschaftlichen Ausschuß;

Bericht des steiermärkischen Landesrates, betreffend die Erhöhung der den Kindergärtnerinnen an Hilfs-

schulen für geistig abnormale Kinder gewährten Remunerationen (Beilage Nr. 147),

an den kombinierten Finanz- und Unterrichtsausschuß;

Bericht des steiermärkischen Landesrates, betreffend die Behandlung der deutschen aktiven Lehrerschaft der Stadt Marburg an der Drau (Beilage Nr. 148),

an den Unterrichtsausschuß;

Bericht des steiermärkischen Landesrates in Angelegenheit der Errichtung einer landwirtschaftlichen Schule durch die Abtei Seckau (Beilage Nr. 149),

an den kombinierten Finanz- und Landeskulturausschuß;

Bericht des steiermärkischen Landesrates, betreffend die voranschüssige Auszahlung eines Anschaffungsbeitrages für die Landesangestellten (Beilage Nr. 150),

an den Finanzausschuß;

Antrag der Abg. Dr. Klusmann, Schreckenthal, Wastian, Rainer, Holzer, Riech, Fasching, Thoma, Hartleb, betreffend die sofortige Wiedereinführung des freien Verkehrs mit Schlachtrindern an Stelle des Monopols (Beilage Nr. 151),

an den volkswirtschaftlichen Ausschuß;

Antrag der Abg. Holzer, Wastian, Riech, Rainer und Genossen, betreffend den Ausbau respektive Erhebung des Gemeindeweges St. Johann im Saggautal bis Unterhaag zur Bezirksstraße (Beilage Nr. 152),

an den kombinierten Finanz- und Landeskulturausschuß;

Antrag der Abg. Franz Fasching und Genossen, betreffend die Übernahme des Gemeindekrankenhauses in Weiz in die Landesverwaltung, und betreffend Ausgestaltung für die Zwecke eines öffentlichen Krankenhauses (Beilage Nr. 153),

an den kombinierten Finanz- und Gemeindeausschuß;

Antrag der Abg. Jach, Schifko, Paul und Genossen, betreffend den Ausbau des 4 Kilometer langen Fahrweges, welcher von der Bezirksstraße Premstätten—Forst über die Ortschaften Bierbaum, Laa, Jetzling und im Gradenfeld in die Bezirksstraße Abtissendorf—Wundschuh mündet, zur Bezirksstraße (Beilage Nr. 154),

an den kombinierten Finanz- und Landeskulturausschuß;

Bericht des steiermärkischen Landesrates in Angelegenheit des Landesmuseums „Joanneum“ und der Landesbibliothek (Beilage Nr. 155),

an den Finanzausschuß.

Laut einer Mitteilung des Landeskulturausschusses wurde der Antrag Fasching und Genossen, betreffend die Beschaffung von Einsiedezucker, Beilage Nr. 58, und der Antrag Fasching und Genossen, betreffend die Beschaffung von Saatgut, Weizen, Beilage Nr. 62, zurückgezogen und sind daher als erledigt zu betrachten.

Der Unterrichtsausschuß hat beschlossen, den Antrag der Abg. Kaufmann, Tomaschik, Kratochwill und Genossen, betreffend die Erhöhung der Bezüge für die an Hilfschulen wirkenden Kindergärtnerinnen, Beilage Nr. 64, dem kombinierten Finanz- und Unterrichtsausschuß zuzuweisen.

Hat jemand hiezu etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall.

Wir schreiten dahin zur Erledigung der heutigen Tagesordnung.

Der erste Gegenstand derselben ist der

mündliche Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über den Antrag der Abg. Fasching und Genossen, Beilage Nr. 59, betreffend die Anführung des Zweckes bei Vorladungen seitens der Behörden.

Berichterstatter ist Herr Abg. Riemer.

Berichterstatter des Gemeinde- und Verfassungsausschusses Riemer (von der Rednerbühne): Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat sich mit dieser Angelegenheit befaßt und hat

„die Zuweisung derselben an den Landesrat beschlossen“.

(Der Antrag wird ohne Wechselrede angenommen.)

Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraz: Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung, Punkt 2,

mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Petition Nr. 21 der Gemeindefsekretäre um Regelung der Dienstverhältnisse und Gehaltsbezüge der Gemeindebeamten.

Berichterstatter ist Herr Abg. Riemer, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter des Gemeinde- und Verfassungsausschusses Riemer (von der Rednerbühne): Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat sich mit der Angelegenheit befaßt und beschlossen,

„diesen Gegenstand dem Landesrate befürwortend zuzuweisen“.

Abg. Primus: Hohes Haus! Was die Petition der Gemeindefsekretäre betrifft, glaube ich sagen zu müssen, daß es selbstverständlich ist, daß die Bezüge der Gemeindefsekretäre am flachen Lande derartige sind, daß es ihnen nicht möglich sein kann, mit ihren Bezügen das Auslangen zu finden. Natürlich steht die Sache so, daß das Ansuchen der Gemeindefsekretäre in jener Form, wie sie es gestellt haben, nur befürwortend dem Landesrate zuzuweisen sein wird, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil es den einzelnen Gemeinden auf dem flachen Lande nicht möglich ist, die Forderungen in ihrer vollen Gänge zu erfüllen, weil es gerade bei den kleinen Gemeinden des Landes unmöglich ist, daß diese Forderungen durchgeführt werden können. Wir stehen auf dem Standpunkte, nachdem ja in Bälde eine Verfassungsänderung zustande kommen wird, so ist ja vorläufig nichts anderes möglich, als wie daß man gerade bei den Gemeindefsekretären folgendes im Auge hat: Sie wissen, daß es Gemeinden gibt, die nur 250, 300 usw. Einwohner haben, und es würde der Gemeinde ganz einfach unmöglich sein, daß sie dort die Forderungen des betreffenden Gemeindefsekretärs derartig erfüllt, daß derselbe als Landesbeamter oder, wie sie verlangen, als Staatsbeamter in Verwendung kommt. Es wäre dies nur dann möglich, wozu auch wir unserer Meinung Ausdruck geben, daß Verwaltungseinheiten auf dem Lande Platz greifen, so daß der Gemeindefsekretär nicht nur für die eine Gemeinde die Verwaltungsakten zu erledigen haben wird, sondern daß für mehrere Gemeinden zusammen eine sogenannte Verwaltungseinheit geschaffen werden könnte, wo es dann naturgemäß den Gemeinden möglich wäre, daß auch die Bezüge der Gemeindefsekretäre erhöht, beziehungsweise der Forderung in dieser Richtung eher Geltung verschafft werden könnte. Nichtsdestoweniger sind wir der Meinung, und ich glaube wohl auch die Zustimmung des Hauses zu finden, daß gerade die Verhältnisse der Gemeindefsekretäre so sind, daß es aus reinen Menschlichkeitsgründen so ist, daß wir alles, was möglich ist, tun wollen, und zwar in der von mir bereits angeführten Richtung.

(Der Antrag des Gemeinde- und Verfassungsausschusses wird angenommen.)

Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraz: Hiemit ist die heutige Tagesordnung erschöpft.

Vor Schluß der Sitzung beehre ich mich, noch einige Anfragen zu beantworten.

Die Anfrage der Abg. Jach und Genossen, betreffend die Beitragspflicht der Besitzer von Lastautomobilen und schweren Fuhrwerken zur Wieder-

herstellung der Gemeindestraßen wird von der Landesregierung beantwortet wie folgt:

„Die Beitragspflicht der Besitzer von Fuhrwerken zur Erhaltung und Wiederherstellung von nicht ärarischen öffentlichen Straßen ist bereits im Gesetze vom 26. April 1894, L.-G.- u. V.-Bl. Nr. 30, durch welches die §§ 6 und 11 des Gesetzes vom 23. Juni 1866, L.-G.- u. V.-Bl. Nr. 22, abgeändert worden sind, vorgesehen.

Bezüglich der Verwendung von Lastautomobilen könnte dieses Gesetz allenfalls durch die Einschaltung der Worte „und Lastautomobilen“ nach den Worten „Fuhrwerken“ in den zweiten Absätzen der zitierten Paragraphe ergänzt werden. Doch kann nach Ansicht der steiermärkischen Landesregierung eine bezügliche Beitragspflicht bezüglich Lastautomobile auch schon dormalen gefordert beziehungsweise auferlegt werden, da unter Fuhrwerken sinngemäß jedenfalls auch Lastautomobile zu verstehen sind.“

Die Anfrage der Abg. Riemer, Gölles, Graupp und Genossen, betreffend Besteuerung von Benzin für Getreidedrusch, wird von der Landesregierung beantwortet wie folgt:

„Die Versorgung der Landwirtschaft mit Benzin für Druschzwecke wurde dem Verbands landwirtschaftlicher Genossenschaften in Graz übertragen, welcher hiebei nach den für die Druschkohleverteilung gültigen Prinzipien vorzugehen hat.

Nach Maßgabe der aus Italien einlangenden Benzinseinfuhren werden dem gesamten Verbands entsprechende Mengen auf Grund der Beschlüsse der Verteilungskommission, in welcher der Verband auch vertreten ist, zugewiesen.“

Die Anfrage der Abg. Gutmann und Genossen, betreffend die Trennung der Ortsgemeinde St. Veit am Vogau, wird von der Landesregierung beantwortet wie folgt:

„Der Grund der Verzögerung in der Behandlung der seit Sommer 1914 anhängigen Angelegenheit der Trennung der Gemeinde St. Veit am Vogau liegt einzig und allein in der kriegerischen Zeit der letzten Jahre, während welcher die politischen Behörden und ganz besonders jene der ersten Instanz mit Geschäften der Kriegsnotwendigkeiten überhäuft waren. Da diese in erster Linie und unter allen Umständen rasch und glatt erledigt werden mußten, kam es begreiflicherweise vor, daß bei dem gleichzeitig eingetretenen Personalmangel viele andere wichtige Angelegenheiten zurückstehen mußten. Seit Ende 1918 war das Trennungsansuchen in fortlaufender Erhebung bei den einzelnen interessierten Ämtern und Behörden.“

Die Anfrage der Abg. Kurz und Genossen, betreffend die Sicherung von Saatgut und die Anfrage der Abg. Riegler und Genossen, betreffend die Telephonleitung auf den Zirbikogel, wurden von den betreffenden Abteilungen der Landesregierung schriftlich erledigt.

Die Anfrage der Abg. Wastian und Genossen, betreffend die Rückbeförderung der Kriegsgefangenen aus Rußland, erledigt sich durch die Beantwortung der Anfrage der Abg. Kratochwill und Genossen.

Die mir heute überreichten Anfragen sind mit den erforderlichen Unterschriften versehen, sie werden in Druck gelegt und zu Beginn der nächsten Sitzung mitgeteilt werden.

Es ist mir ferner folgende Anfrage überreicht worden:

Anfrage der Abg. Kaufmann, Prisching, Rudel-Zeynek und Genossen, betreffend die Überfüllung der Volksschulklassen auf dem Lande.

Die über die Anfrage erforderlichen Erhebungen werden sofort veranlaßt werden.

Die Obmänner der Ausschüsse werden ersucht, die erledigten Stücke der Präsidialkanzlei bekanntzugeben.

Ich habe mitzuteilen, daß Dienstag den 7. Oktober um 8 Uhr vormittags eine Sitzung des vereinigten Landeskultur- und Finanzausschusses im Zimmer des Gemeindeausschusses im Anschluß an die Sitzung des Landeskulturausschusses stattfindet.

Weiters wird mir mitgeteilt, daß morgen um 10 Uhr vormittags eine Sitzung des Eisenbahnausschusses in meinem Bureau stattfindet.

Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Die nächste Sitzung des hohen Hauses beraume ich für Mittwoch den 8. Oktober 1919 um 4 Uhr nachmittags an, und zwar mit nachfolgender

Tagessordnung:

1. Mündlicher Bericht des Unterrichtsausschusses über den Antrag der Abg. Thoma, Dr. Dantine und Genossen, Beilage Nr. 60, betreffend die Inangriffnahme der beschlossenen Errichtung einer Knaben- und Mädchenbürgerschule in Rottenmann und die Errichtung je einer Knaben- und Mädchenbürgerschule in Stainach, womöglich auch in Bad Aussee und Schladming.

2. Mündlicher Bericht des Unterrichtsausschusses über den Antrag der Abg. Ruschak, Remec, Primus und Genossen, Beilage Nr. 91, betreffend die Errichtung einer Mädchenbürgerschule in März-

zuschlag, sowie Angliederung einer vierten Klasse bei beiden Bürgerschulen und Erbauung eines Schulhauses.

3. Mündlicher Bericht des Unterrichtsausschusses über den Antrag der Abg. Kurh, Peintinger und Genossen, Beilage Nr. 92, betreffend die Errichtung einer Bürgerschule in Weiz, über den Antrag der Abg. Fröhlich, Pigl, Eigelberger und Genossen, Beilage Nr. 100, betreffend die Errichtung einer Bürgerschule in Murau, und über den Antrag der Abg. Fasching, Fink, Gufmann und Genossen, Beilage Nr. 110, betreffend die Errichtung einer Bürgerschule in Feldbach.

4. Mündlicher Bericht des Unterrichtsausschusses über den Antrag der Abg. Rieckh, Wastian, Holzner und Genossen, Beilage Nr. 108, wegen Errichtung einer Knaben- und Mädchenbürgerschule in der Stadt Leibnitz.

5. Mündlicher Bericht des Unterrichtsausschusses über den Antrag der Abg. Gaj, Paul, Kauf-

mann, Steinberger, Herzog und Genossen, Beilage Nr. 125, betreffend Schutz und Pflege der deutschen Sprache in den Schulen und im öffentlichen Leben.

6. Mündlicher Bericht des Landeskulturausschusses über den Antrag der Abg. Jach und Genossen, Beilage Nr. 67, bezüglich Prämiiierung landwirtschaftlicher Arbeiter bei längerer Dienstleistung.

7. Bericht des Landeskulturausschusses über den Antrag der Abg. Dr. Klusmann und Genossen, Beilage Nr. 54, wegen Erlassung eines Landesgesetzes zum Schutze landwirtschaftlicher Grundstücke gegen Beschädigung durch fremde Bäume (Beilage Nr. 182).

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? (Nach einer Pause.) Wenn nicht, so bleibt es dabei.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 4 Uhr 45 Minuten nachmittags.)

Anhang.

Anfrage

der Abg. Kaufmann, Prisching, Rudel-Zeynek und Genossen, betreffend die Überfüllung der Volksschulklassen auf dem Lande.

Schon oft wurden sowohl in den verschiedenen Kreisen der Bevölkerung als auch von Seite der Lehrer Klagen laut, daß viele Volksschulklassen auf dem Lande derart überfüllt sind, daß ein wirklicher Unterrichtserfolg unmöglich zu erwarten ist. Die auf Ersuchen der Antragstellerin vom Landes Schulrate gepflogenen Erhebungen haben ergeben, daß in nahezu 200 Klassen mehr als 80 Schulkinder, in mehreren Klassen sogar über 100 Schüler in einem Lehrzimmer und von einer Lehrkraft unterrichtet wurden. Wie bedauernswert sind diese Kleinen, die in dumpfer, kaum atmbarer Luft einen großen Teil ihrer Jugendzeit zubringen müssen! Dicht gedrängt, sitzen sie Reihe an Reihe; wie kann sich bei dieser schlechten Haltung, bei dem engen Sitzraum, ihr Körper entwickeln! Wo bleiben da die Anforderungen der Gesundheitslehre! Nicht zu vergessen, welchen Aufwand von körperlichen und geistigen Kräften der Lehrer braucht, um unter solchen Verhältnissen Ordnung zu halten und jedem

einzelnen Kinde eine tüchtige Portion Wissen und Können ins Leben mitzugeben! Nun hat der Landesrat allerdings in seiner letzten Sitzung bereits die Entscheidung gefällt, daß die Schülerzahl auf das gesetzlich festgelegte Maß beschränkt werden soll, aber auch diese Zahl ist viel zu hoch, um einen wirklichen Unterrichtserfolg zu verbürgen und die Hemmnungen in der geistigen und körperlichen Entwicklung der Schüler zu verhindern. Eine Herabsetzung der festgesetzten Schüleranzahl erscheint daher dringend geboten, wenn wir in Zukunft möglichst viele tüchtige und gesunde Menschen haben wollen.

Die Genannten stellen daher an den hohen Landtag die

Anfrage:

„Was gedenkt der steirische Landtag zu tun, um diesem Mißstande abzuhelpen?“

Graz, am 2. Oktober 1919.

Kaufmann.

Prisching.

Kölbl.

Tomaschitz,

Gaj.

Gölles.

Jach.

Friedl.

Riemer.

Rudel-Zeynek.

Rieger.

Dr. Uhrer.